



**ACCADEMIA ED ISTITUTO PER LA RICERCA SOCIALE
VERONA**

**PALAZZO ISTITUTO NAZIONALE DELLE ASSICURAZIONI – STUDIO GERMA
CORSO PORTA NUOVA 11 – I – 37122 VERONA**

(Kapitalistischer) Sozialstaat: Er ist nicht in Gefahr – er selbst ist die Gefahr !

**Prof. (Gast) Albrecht Goeschel
Staatliche Universität Rostov
Accademia ed Istituto per la Ricerca Sociale Verona**

**Überarbeiteter Beitrag zur Fachkonferenz
“Solidarität im 21. Jahrhundert:
Welche Standards braucht der Sozialstaat?“
Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V.
Königswinter
2.Juni 2014**

Herausgeber:
**Accademia ed Istituto per la
Ricerca Sociale Verona**
Corso Porta Nuova 11
I – 37122 Verona
Palazzo Istituto Nazionale delle
Assicurazioni – Studio Germa

Eigenverlag und Druck:
Akademie und Institut für
Sozialforschung e.V. – Korrespondenzbüro
D – 83250 Marquartstein
Staudacher Straße 9 b

Inhalt	Seite
1. Europäisches Sozialmodell und deutscher Sozialstaat: Der Gefährdungsdiskurs greift zu kurz	3
1.1. Populistisches Armutslamento: Wahlhilfe für die Große Koalition der Besserverdienenden	3
1.2. Kapitalistischer Sozialstaat : Instrument zur Enteignung realsozialistischer Staatswirtschaften	5
1.3. Nordafrika und Südrussland: Ist der Kaukasus wieder das Ziel ?	6
1.4. Kapitalistischer Sozialstaat und kapitalistischer Imperialismus	7
1.5. US-Muster: Sozialpolitik und Angriffskrieg	8
1.6. Sozialstaat der Rest-SPD: Performance für die Arbeitsware	11
1.7. Sozialabbau: Nicht „am“ Sozialstaat, sondern „durch“ den Sozialstaat	12
1.8. Sozial-Gejammere: Eine Sonderform des Milieu-Egoismus der Bildungsgewinnler(innen)	18
1.9. Sozialstaatsfunktion: Garantierung eines Arbeitsethos	16
1.10. Sozialstaatsfunktion: Inszenierung von Systemintegration	22
2. Feindseliger Sozialstaat, belohnender Sozialstaat und europäischer Neo-Imperialismus	24
2.1. Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbände: Ein trauriger Haufen von „Sieben Schwaben“	26
2.2. Südeuropa-Nordafrika: Sezessionsplan gegen das Euro-Imperium	28
2.3. Armut-Populismus: Ideologie byzantinistischer Verbände	29
Anmerkungen	30

1 . Europäisches Sozialmodell und deutscher Sozialstaat: Der Gefährdungsdiskurs greift zu kurz

Die seit Jahren anhaltende Krise des Euro und der EU hat kritische Beobachter über eines belehrt: Der Sozialstaat ist nicht mehr das Werkzeug nationalstaatlichen Ausgleichs und nationalstaatlicher Umverteilung, der Sozialstaat ist nunmehr Waffe europäischer Spaltung und europäischer Enteignung.

Der wohlfahrtsstaatlich-fordistische „Teilhabe-Kapitalismus“ (1) ist zum neoliberal-konfiskatorischen „Ausgrenzungs-Kapitalismus“ geworden. Die Zahl derer in Ökonomie und Politik wächst, die im „Sozialen“ nicht mehr erkämpfte Errungenschaften sondern aufgezwungene Einschränkungen erkennen und davor warnen, weiterhin dem „Sozialen“ unhinterfragt ein „Gutes“ zu unterstellen.(2) Der in Deutschland so beliebte, aber schon etwas ausgelaugte Diskurs über vermeintliche oder tatsächliche Gefährdungen des deutschen Sozialstaats oder gar des europäischen Sozialmodells greifen zu kurz. Die Frage muss lauten: Was sind das „Soziale“ und der „Sozialstaat“ heute, welcher Logik folgen sie und welche Wirkungen können sie und welche Wirkungen sollen sie erzielen. Und vor allem: Wie kann man sich dieser Wirkungen erwehren. Ist vielleicht der Sozialstaat gar nicht in Gefahr, sondern ist zumindest der heutige Sozialstaat selbst die Gefahr ?

1.1. Populistisches Armutslamento: Wahlhilfe für die Große Koalition der Besserverdienenden

In den wenigen Monaten seit dem Antritt der neuesten Großen Koalition wurden die schlimmsten Befürchtungen noch übertroffen, die man schon nach der Bundestagswahl hegen musste: Das neue Regime der Besserverdienenden, die anderen sind der Wahl ferngeblieben und nicht mehr in diesem Parlament ohne Opposition vertreten, hat mit der offenen Unterstützung der Kiewer Putschregierung (3) den bisherigen „Milden Imperialismus“ (4) aufgegeben und seinen bisher eher versteckten Militärinterventionismus zum Element eines offenen „Scharfen Imperialismus“(5) erklärt. Die Einlassungen der neuen Wehrministerin zur Notwendigkeit einer neuen militärischen Performance Deutschlands im Rahmen der EU und der NATO werden bei dieser Dame kein leeres Gerede bleiben. Sie bedeuten gleichzeitig auch, dass die anhaltende europäische Krise wohl durch einen dann hunderte Milliarden Euro benötigenden

„Rüstungskeynesianismus“ (6) gemanagt werden wird. Das hatte es in den Vereinigten Staaten, in Europa und in Asien in den 1930er und 1940er Jahren bereits einmal gegeben. In der kritischen amerikanischen Öffentlichkeit wird mittlerweile der Vorwurf eines „financial fascism“ – eines Finanz-Faschismus erhoben. (7)

Das alles ist schon jetzt eine ungeheuere Blamage für die Sozialpolitik insgesamt, für die Rest-Sozialdemokratie, für die Konsensgewerkschaften und vor allem auch für die Sozial- und Wohlfahrtsverbände – diese alle miteinander hatten seit 2008 fünf lange Jahre Zeit, zumindest ein europäisches Investitions- und Sozialprogramm zu projektieren und zu agitieren um die Krise und vor allem ihre Ursachen wenigstens erklären, wenn schon nicht zu überwinden zu können.

Herausgekommen ist nicht mehr als ein sogenannter DGB-Marshallplan, von dem eigentlich keiner etwas weiß, ein belangloses UmFAIRteilen - Spektakel und ein schludrig-stümperhafter Versuch aus dem Wohlfahrtsbereich zu irgendetwas mit „Sozialstaatsfinanzierung“. Das war es dann bezüglich der schwersten Wirtschafts- und Gesellschaftskrise seit der Weltwirtschaftskrise. (8) Schon ein paar Jahre vor dem Losprasseln der Finanz- und Realkrise und dem Vortrag der ihr gewidmeten nekeynesianisch-traditionlinken diversen Investitionsverbesserungsideen etwa aus dem Kreis der „Memogruppe“ lästerte Robert Kurz ganz zu Recht über diese Art von „neo-kleinbürgerlichen“ theoriefreien Versuchen, das unvermeidlich fiktiv gewordene „Weltkapital“ in irgendwelche „Realinvestitionen“ zurücklocken zu wollen. Überhaupt räumte er mit der im Zuge der Krisenerörterung wieder gefragten Keynes-Nostalgie ordentlich auf. (9) Die Sozialstaats-Bediensteten aller Arten und Sorten als Neu-Entdecker solcher stumpf gewordenen Geisteswaffen haben sich nach ihrem oben beschriebenen jeweiligen Titanenwerk wieder in ihre Schreibstuben verkrochen und optimieren dort erneut Brücken- und Urlaubstage oder zählen dort wieder die Tage bis zum Ruhestand.

Alles was an seriösen und substantiellen Analysen und Konzepten zur Beantwortung und Nutzung der Euro-Krise für ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell in Europa mittlerweile vorliegt, und es ist nicht wenig, ist weit außer halb und immer häufiger auch gegen die Repräsentanten und Adlati und ihre Stupidität, gegen die Prozeduren, gegen die Korporationen und gegen die Institutionen des sogenannten „Sozialstaats“ erarbeitet worden.

Es wird demnächst eingehender darüber gesprochen werden müssen, ob der faktische Mandats- und Mandantenverrat der gegenwärtigen „Präsidiien“ der Sozial- und Wohlfahrtsverbände in Deutschland in Sachen Euro-Krise und EU-Krise straflos bleiben kann und darf. Man hat dort im krassen Widerspruch zu allen Europa- und Sozialbeteuerungen in den Satzungen dem Verarmungsangriff auf die Gesellschaften im Süden wort- und tatenlos zugesehen. Und man hat dort parteien- und koalitionsbeflissen sogleich dem milliardenschweren Missbrauch der Lohnfonds, d.h. der Rentenversicherungsfinanzen für Vorhaben wie die „Müttermaut“(10) und andere Geschenke innerhalb der Großen Koalition Beifall gespendet statt diesen erneuten Diebeszug der politischen Klasse durch die Lohnrücklagen auch als solchen zu benennen und zu bekämpfen.

Das seit Jahren vor allem seitens des VdK und des DPWV gepflegte erklärungsfreie Armutslamento hat nicht nur gerade der neuesten Großen Koalition mental vorgearbeitet a la „Arm sind andere – und das soll so bleiben“.(11) Dieses populistische Armutslamento und auch das belanglose UmFAIRteilen – Sektakel, inzwischen wohl zwei Dauerartikel im gerechtigkeitspolitischen Bauchladen der Berliner Republik, wird der Großen Koalition helfen, die Leute auf eine „Grundsicherung“ als Leitbild einzugewöhnen und auf einen „Sozialstaat“ der Zuteilung einzuschwören. Hierauf weist dankenswerter weise auch Albert F. Reiterer hin. (12)

1.2. Kapitalistischer Sozialstaat: Instrument zur Enteignung realsozialistischer Staatswirtschaften

Damit man die Gesamtlage nicht aus dem Auge verliert: Die EU hat nach der sogenannten „Süderweiterung“ ab Mitte der 1980er Jahre und nach der Abrundung durch Österreich, Finnland und Schweden Mitte der 1990er Jahre beginnend mit dem Anschluss der DDR an die BRD unter Ausnutzung der Systemkrise des Staatssozialismus einen enormen territorialen Vorstoß in den ehemaligen sogenannten Ostblock realisiert. Gleichzeitig hat vor allem das deutsche Machtkartell aktiv an der (Selbst-)Zerschlagung Jugoslawiens mitgewirkt und damit seelenruhig hohe Mitverantwortung für den dortigen jahrelangen blutigen Bürgerkrieg übernommen. Das passende Stichwort bezüglich etlicher bundesdeutscher „Politiker“ heißt hier: Den Haag.

Es ist dabei wichtig zu erinnern, dass sowohl im Falle des Anschlusses der DDR an die BRD und damit Übernahme in die EU im Jahre 1990 wie im Falle der Übernahme zahlreicher mittel- und osteuropäischer Staaten in die EU im Jahre 2004 die Etablierung eines kapitalistischen „Sozialstaats“ das wesentliche Instrument dafür war, die sozialistischen „Staatswirtschaften“ enteignen zu können. (13) Es war dann der „Schock“ der Euro-Krise, der es den europäischen Eliten ermöglicht hat, durchaus nicht immer konsensual, anstelle der mühsam, per Methode der „Offenen Koordinierung“ abzustimmenden nationalen Sozialordnungen nun eine europaeinheitliche neue Klassengesellschaft der billigen Arbeit durchzusetzen. (14)

Mit der Autonomie der nationalen Sozialordnungen als wesentliches Konkurrenzmittel der weiterhin und verschärft im „Staaten-Wettbewerb“ stehenden EU-Mitglieder wurde auch der Polyzentrismus als Raumleitbild der Europäischen Union aufgegeben. Wie vorher schon der Ostrand der EU so ist nun auch der Südrand der EU de-industrialisiert und seiner öffentlichen Unternehmen enteignet worden (15). Das neue Raumleitbild der Europäischen Union ist nun das von Zentrum (Deutschland etc.) und Peripherie (Rest). (16)

Die „sozialen“ Systeme, Funktionen und Institutionen der Staaten der Europäischen Union waren dabei das Hauptinstrument der nationalen Regierungen und des EU-, EZB- und IWF-Machtkartells, um die Neben-Löhne und damit die Löhne in den südlichen EU-Staaten so massiv abzusenken, wie dies nunmehr der Fall ist (17). Der schöne Nebeneffekt dabei: Die weg brechende Inlandsnachfrage im Süden hat dort auch gleich einen Teil der für das Zentrum lästigen Konkurrenz „vom Markt genommen“.

1.3. Nordafrika und Südrussland: Ist der Kaukasus wieder das Ziel ?

Man darf aber auch nicht vergessen, was sich am Nordrand Afrikas bzw. am Südrand des Mittelmeeres seit einigen Jahren an ganz gewiss auch ferngesteuerter Balkanisierung abspielt – dies ist in jedem Falle die Vorstufe für die Gewinnung erneuter Einflusssphären und Rohstoffressourcen für die EU. So wie umgekehrt die schöne Europaidee seinerzeit um so mehr Zustimmung gefunden hat, je

weniger von den französischen und englischen Nord-, West- und Zentralafrikakolonien nach deren Selbstbefreiung übrig blieb. (18)

Und nun die Ukraine: Wer noch alte Landkarten aus den Jahren 1941 und vor allem 1942 hat, kann darin die Operationsgebiete der Heeresgruppe Süd (Generalfeldmarschall Erich v. Manstein) in der Ukraine mit Richtung Kaukasus und die Operationsgebiete der Panzerarmee Afrika – vormals: Deutsches Afrikakorps (Generalfeldmarschall Erwin Rommel) in der Cyrenaika mit Richtung Ägypten-Syrien studieren. Damals ist dann aus dem Händedruck beider Kriegsmänner auf den kaukasischen Erdölfeldern zwar nichts geworden – aber heute passt die Putsch-Ukraine sehr gut zum Nah-Ost Puzzle. Die Kaukasus-Ölfelder gibt es schließlich immer noch.

1.4. Kapitalistischer Sozialstaat und kapitalistischer Imperialismus

Zwar bringen sich derzeit die „Vereinigten Staaten“ nicht mehr mit Wasser-Land-Invasionen in Nordafrika, Sizilien-Süditalien oder Nordfrankreich in die europäischen Angelegenheiten ein – dafür hören sie über die NSA genau zu oder verfolgen genau nach, wer mit wem kommuniziert, haben wahrscheinlich noch ihre Foltershops in Polen etc. und erledigen außerdem von Rheinland-Pfalz aus die Hinrichtungsbescheide ihres Friedensnobelpreisträgers per Drohne.

Da hier niemand ernsthaft Einspruch erhebt, gibt es auch keinen Ärger. Ärger gibt es allerdings zunehmend auf allen europäischen Ebenen in Sachen US-EU-Freihandelsabkom- Die damit vorangebrachte sozusagen „atlantische“ Klassengesellschaft billiger Arbeit stößt auf wachsenden Widerstand auch bei den Altinteressen wie etwa den in Sachen Europa selbst sich wohl als Mitgewinner fühlenden und damit recht schweigsamen Exportgewerkschaften – allen voran die IG-Metall. (19)

Was hat US-Drohnendirektjustiz mit „unserem“ Sozialstaat zu tun? Der deutsche „Sozialstaat“ ist wie wohl kein anderer auf engste mit der territorialen Etablierung, Expansion, Reduzierung oder Transformation des deutschen Kapitalismus und seines jeweiligen politischen, ökonomischen oder militärischen Imperialismus verwoben. Angefangen von der Reichsgründung mittels Frankreichkrieg mit nachfolgendem Sozial- und Polizeistaat über die Festung Europa mittels Eroberungs- und Vernichtungskrieg mit Ausbau des Natio-

nal-„Sozialismus“ bis zur Teilung und Wiederausammenlegung Deutschlands mittels Währungsreformen und Rentenreformen 1948 bzw. 1990 nebst Bundeswehrgründung und Nationale Volksarmeeentwaffnung.

Nachfolgend findet sich eine Zusammenstellung derjenigen angeschlossenen, eingegliederten, beigetretenen oder besetzten Gebiete des Dritten Reiches, für die Regelungen bezüglich der Geltung der „Reichsversicherung“ auf dem Gebiet Krankenkassen erlassen wurden. (20) Gerade für Deutschland mit seiner Sozialstaatsvergötterung heißt es: Wer vom Kapitalismus und Imperialismus lieber nicht reden möchte, sollte aber bitte sehr dann auch vom Sozialstaat nicht sprechen wollen.

1.5. US-Muster: Sozialpolitik und Angriffskrieg

Zwar „wiederholt“ sich Geschichte nicht, sonst wäre sie ja nicht „Geschichte“ – aber bestimmte historisch verfestigte „Muster“ bleiben häufig viel länger erhalten als einem lieb sein kann. Ein „Muster“ der Nachkriegsgegenwart ist die Doppelrolle Europas als Protege und als Konkurrent der Vereinigten Staaten. Mittlerweile, insbesondere seit den angeblichen Anti-Terrorriegen in Afghanistan und im Irak hat sich als dritte Variante die des Kombattanten herausgeschält. Hierzu passt der von der EU und den USA vorangetriebene „Geheimkapitalismus“, die „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) eines gemeinsamen Imperialismus gegen den Rest der Welt (21) recht gut. Der gemeinsamen Klassengesellschaft der billigen Arbeit kommt man dabei mit entsprechenden Vorvereinbarungen z.B. mit Kanada schon einmal näher. (22) Bei dieser Nummer darf natürlich auch die Rest-Sozialdemokratie nicht fehlen, die Punkte zusammengeschmiert hat, nach denen das TTIP angeblich „Chancen für Arbeitsplätze und Arbeitnehmerrechte“ eröffne. (23)

Auch in der Sozialpolitik allgemein sind sich der US-Kapitalismus und der EU-Kapitalismus, vor allem nach der weidlichen Nutzung des Euro-Krisenschocks für eine soziale Durchformierung Europas in Richtung Klassengesellschaft der billigen Arbeit einerseits und nach der Krankenversicherungsreform in den Vereinigten Staaten andererseits noch näher gekommen als sie es schon waren.

**Übersicht:
Regelungen zur Geltung der Reichsversicherungs-
ordnung (RVO) in angeschlossenen,
eingegliederten, beigetretenen oder besetzten
Gebieten des Dritten Reiches
1935-1944**

Saarland	1935
Österreich bzw. Ostmark	1938
Sudentenland	1938
Memelgebiet	1939
Danzig	1939
Ehemals polnische Gebiete Generalgouvernement	1939
Ehemals polnische Gebiete Schlesien, Danzig-Westpreußen	1939
Posen und Warthegau	1940
Elsass-Lothringen	1940
Protektorat Böhmen und Mähren	1940
Ehemals tschechoslowakische, kurzfristig polnische Gebiete	1940
Eupen, Malmedy und Moresnet	1940
Niederlande, Belgien und Luxemburg	1940
Norwegen und Dänemark	1940
Frankreich	1940
Ehemals jugoslawische Gebiete Kärntens und Krains	1941
Ehemals polnisches, kurzfristig sowjetisches Galizien	1941
Generalbezirke Estland, Lettland Litauen	1943
Generalkommissariat Weiß- ruthenien	1943
Reichskommissariat Ukraine	1943
Östliches Operationsgebiet	1943
Italien	1944

Quelle: Goeschel, Albrecht: Krankenversicherung in den eingegliederten und besetzten Gebieten. In: Landenberger, Margarete(Hrsg.):Die historische Rolle der Sozialversicherungsträger bei der Durchsetzung politischer Ziele im Nationalsozialismus. Mitteilungen des Sonderforschungsbereiches 333 der Universität München – Sonderheft III, München 1993, S. 32

Und überhaupt ist das immer wieder gegen das US-Sozialsystem berufene „Sozialmodell Europa“ nach dem irgendwann zu erwartende Ende des aktuellen Austerity - Massaker in Europa weniger in den tatsächlichen Lebens- und Arbeitsverhältnissen als in dem Aufwand, der für die verbliebenen Strukturen, Institutionen, Prozeduren und vor allem auch Bedienungs-Pensionist(inn)en der jeweiligen Sozialstaatlichkeiten zu tragen ist zu unterscheiden.

Vor allem muss man bei der Gesamtbeurteilung des neuen gemeinsamen „Geheimkapitalismus“ bzw. „Atlantikimperialismus“ von USA und EU schon ein bisschen in die Geschichte zurückgehen. Gerade im US-Kapitalismus gibt es eine ausgeprägte Tradition der Verknüpfung von Sozialpolitik und Angriffskrieg, wie sie so nur noch vom Dritten Reich praktiziert worden ist. So war der hierzulande hoch bewunderte und auch von der Rest-Sozialdemokratie und den Konsensgewerkschaften bis hin zu den Umverteilungsidealisten innerhalb und außerhalb des Bundestages als Allheilmittel für die Euro-Krise empfohlene „New Deal“ der Lichtgestalt Roosevelt ein letztlich dank Hineindrängeln in den Zweiten Weltkrieg erfolgreicher „Rüstungskeynesianismus“. (24)

Dieses Muster hat dann seine Fortsetzung in der „Great Society“ als Begleitprogramm zum US-Angriffskrieg der Lichtgestalt Kennedy und seines Nachfolgers Johnson in Vietnam gefunden. (25) Prompt schiefgegangen ist allerdings der Versuch einer „bargeldlosen“ Sozialpolitik durch Immobilienspekulation im Rahmen des dominierenden Finanzkapitalismus und als Sparbeitrag zum angeblichen Anti-Terrorkrieg in Afghanistan und im Irak unter dem zu Recht verlachten Bush jr.

Die neueste US-Lichtgestalt Obama hingegen betreibt das Wechselspiel von Sozialpolitik und Angriffskrieg demgegenüber durchaus auf dem Niveau seiner Wahlkampfgeldgeber, der großen US-Banken und nach den Regeln der Twitter-Welt: Riesentheater um ein Gesundheitsreförmchen(26) mit gleichwohl Ähnlichkeitsgewinn zur EU und gleichzeitig Invasion Europas mittels Datenangriff. Daneben Drohnenhinrichtungen in fernen Ländern. Im Verein mit einer Krisenmoderation durch expansivste Geldpolitik, ordentlich Fracking-Umweltzerstörung und dank neuem Gemeinschaftsimperialismus weiterhin Kapitalzustrom in das US-System sicherlich ein „Erfolgsrezept“ - für die nächste Zeit.

1.6. Sozialstaat der Rest-SPD: Performance für die Arbeitsware

Deutschland hatte seinerseits im Vorgriff auf das nunmehr mit Hilfe der Euro-Krise in der gesamten EU durchgesetzte Diktat einer Lohnsenkung und Gemeinwirtschaftsenteignung während der Koalition von Rest-Sozialdemokratie und Grün-Alternativ nicht nur der Finanzwirtschaft Tür und Tor geöffnet, sondern auch mit der Hartz IV – Politik einen rasch wachsenden Niedriglohnsektor geschaffen.

Nachdem insbesondere mit den letzten Bundestagswahlen, insbesondere aber der Großkoalition diese Politik gegen jede parlamentarisch-demokratische Veränderung hermetisiert worden ist, kann sich nun die Rest-Sozialdemokratie ihrer eigentlichen Aufgabe im Kapitalismus wieder zuwenden: Der Kreation einer zeitgemäßen Performance für die Anbieter von Arbeitszeit durch entsprechende Stellschraubenfeinarbeit am „Sozialstaat“.

Wünschenswert deutlich hat die neue Ministerin für „Soziales“ und „Arbeit“ dargelegt, um was es der Rest-Sozialdemokratie hierbei geht: Um ein „neues Normalarbeitsverhältnis“, (27) weil das „alte Leitbild von Arbeit...modernisierungsbedürftig“ sei (28) und der „Arbeitsmarkt neu geordnet“ (29) werden müsse. Die „Erwerbsarbeit der 70er und 80er Jahre – insbesondere mit ihren spezifischen westdeutschen Ausprägungen (sei) Geschichte.“(30) Natürlich bleibe dabei kapitalistischer Handel mit Arbeitszeit, als „Existenzsicherung über Erwerbsarbeit“ oberstes Ziel. (31) Dabei soll aber der Sozialstaat im „hochflexiblen Kapitalismus“ ein „höchstmögliches Maß an Verlässlichkeit“ gewährleisten. (32)

Es gehört zu den besonders abgeschmackten und anödenden Dauerfeststellungen und Standardargumenten, gerne in Jubiläumsbänden der sogenannten „Träger der Sozialversicherung“ kundgetan, dass diese wunderbare Sozialversicherung in Deutschland alle Änderungen der Politischen Systeme einschließlich zweier Weltkriege gut überdauert habe. Ja natürlich, auch der Kapitalismus in Deutschland hat, mit einer kurzen temporären und territorialen Ausnahme: DDR, die Wechsel seiner politischen Kostümierungen inklusive zweier längerer Uniformanlässe gut, sogar bestens überdauert. Offenbar sind Kapitalismus und Sozialstaat die zwei Konstanten in der neueren deutschen Geschichte zumindest seit 1870.

Man kann ruhig behaupten, dass dies vor allem daran liegt, dass halt der „Sozial“-Staat das ist und das macht, was die Kapitalver-

wertung erst so richtig lukrativ werden lässt und was sie selber nicht vermag. Man kann ruhig behaupten, dass der „Sozial“-Staat genau die Form des Angriffs des Privateigentums auf die Gesellschaft, genau die Form der Ausplünderung der Gesellschaft ist, die am effizientesten funktioniert, weil die Leute meinen, dass sie etwas geschenkt bekommen während sie bestohlen werden.

1.7. Sozialabbau: Nicht „am“ Sozialstaat, sondern „durch“ den Sozialstaat

Hier ist zunächst etwas grundsätzliches anzumerken: Im „sozialen“ Lager, das von den Arbeitnehmerflügeln der sogenannten Volksparteien über die Konsensgewerkschaften bis zu den UmFAIRteilungsidealisten reicht gibt es ein Grundgejammer über einen angeblichen „Sozialabbau“. (33) Peinlich ist nur, dass dieser angebliche „Sozialabbau“, dessentwegen auch der „Sozialstaat“ gerettet werden müsse, auf der Ebene der Gesamtwirtschaftszahlen gar nicht nachweisbar ist – im Gegenteil: Die Sozialleistungsquoten, korrekter: Sozialleistungsproportionen bezogen auf das Bruttonationaleinkommen sind zumindest in Deutschland über die Jahrzehnte von 1960 (West) bis 2010 (West und Ost) von 11,30 Prozent auf 30,15 Prozent angestiegen. (34) Ein „Sozialabbau“ ist das nun nicht gerade.

Es gibt aber gleichwohl einen „Sozialabbau“, der findet aber nicht „am“ wundervollen „Sozialstaat“, der gemütlichen Heimstätte seines Politikrosses und vor allem seiner Bedienungs(mann)schaft, sondern „durch“ den „Sozialstaat“ statt und daran ist dann das stets zum Jammern aufgelegte Personal aus der „social world“ in höchst unerfreulicher Weise aktiv beteiligt. Auf diesen eigenartigen und höchst verdächtigen kleinen Irrtum mit dem angeblichen Sozialabbau „am“ anstelle des tatsächlichen Sozialabbaus „durch“ den Sozialstaat weist dankenswerterweise Albert F. Reiterer hin. (35)

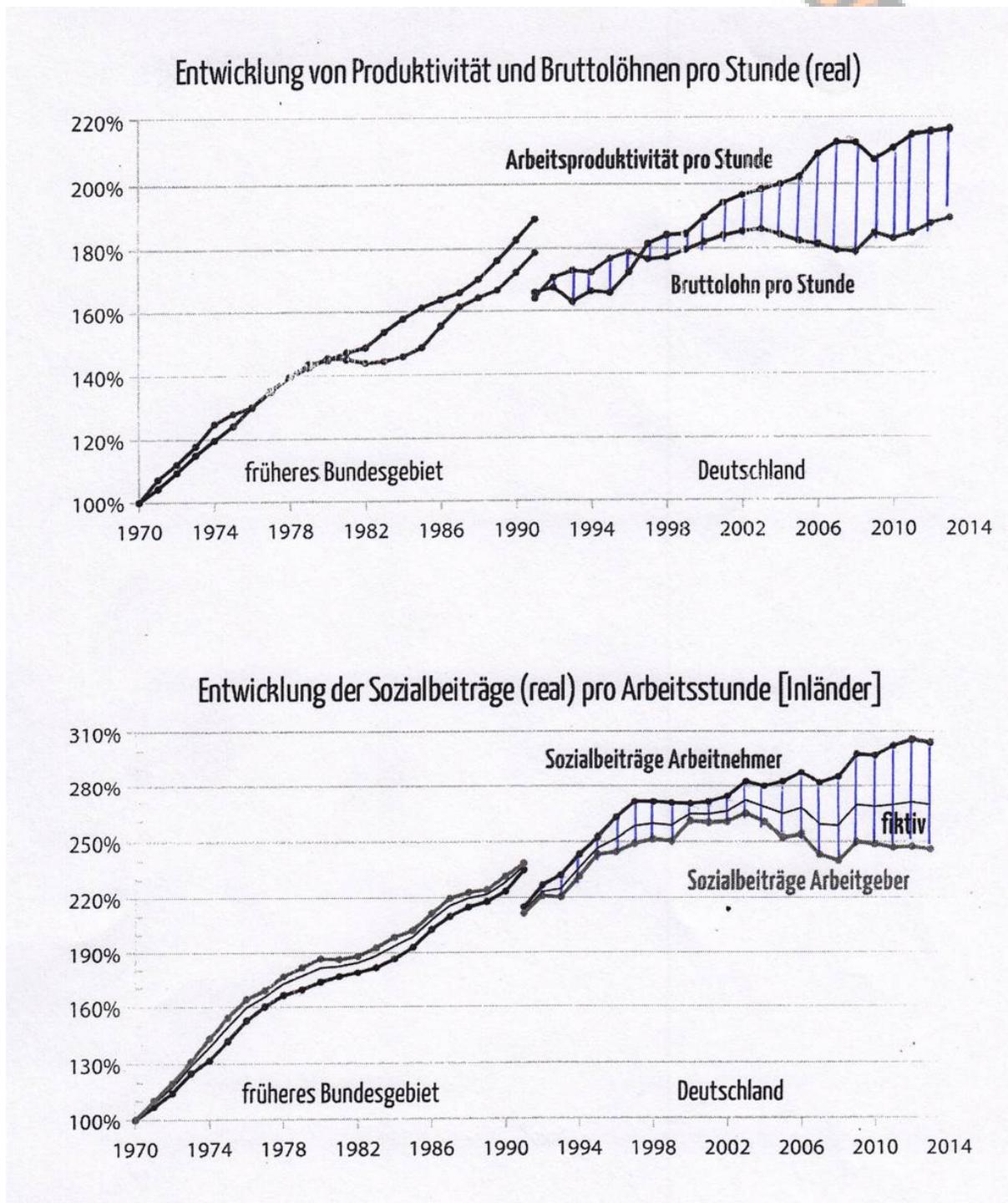
Im „Netz“ finden sich zwei Kurven, die recht schön zeigen, wie sich der „Sozialstaat“ mit seiner Hauptwaffe „Sozialbeiträge“ zwischen den steilen Anstieg der Produktivität der Arbeit im deutschen Kapitalismus und das erkennbare Absinken des Lohnäquivalents für diese Arbeit im deutschen Kapitalismus hineingedrängt hat. Wie das funktioniert ist gar nicht so schwer zu erklären: Vom gesamten Arbeitsentgelt, für den deutschen Kapitalismus sind das die Brutto-lohnkosten, d.h. das investierte variable Kapital, werden zur Siche-

zung der Wechselfälle des Lebens wie Unfall, Krankheit oder Arbeitslosigkeit bzw. zur Sicherstellung von Herstellung bzw. Stilllegung der Arbeitskraft (Anfertigung, Aufzucht, Erziehung, Alter, Pflege, Entsorgung) Teile des Lohnes zwangsgespart, in Lohnfonds wie Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Rentenversicherung etc. angesammelt. Aus diesen Lohnfonds werden dann im Zeitverlauf wiederum sozusagen Lohnersatzzahlungen bzw. Lohnnachzahlungen geleistet.

Und das ist nun der entscheidende Punkt: Durch Manipulationen, sogenannte „Reformen“ an den Beiträgen und an den Leistungen, d.h. an den zwangsgesparten Löhnen bzw. an den ersatz- bzw. nachgezahlten Löhnen kann bei einer Sozialquote von mittlerweile über 30 Prozent bezogen auf das BEN staatliche Lohnpolitik, natürlich: Lohnsenkungspolitik wirkungsvoll betrieben werden: Besonders beliebt ist dabei die Erhöhung der Sozialbeiträge der Arbeit“nehmer“ nicht nur im Verhältnis zur Höhe der Sozialbeiträge der Arbeit“geber“ sondern auch insgesamt als Gegenfinanzierung zu Steuererleichterungen für die Gewinne und Vermögen. Ebenso beliebt ist natürlich die Absenkung der Sozialleistungen zur Senkung der Gesamtlohnkosten überhaupt – diese letztere Variante ist dann das Körnchen Wahrheit am üblichen „Sozialabbau“-Gerede.

So geht „Sozialabbau“, richtiger: Lohnsenkung, Verbilligung der Arbeit durch den jahrzehntelangen Aus- und Umbau, besser: die jahrzehntelange Expansion und Umfunktionierung des „Sozialstaats“. Dem im Lager der „Keynesianer“ hochgeschätzten Jürgen Kromphardt gelingt es diesbezüglich unter, wie üblich, Zitierung anderer Ökonometitanen die Sache herumzudrehen: Nicht habe man das Wachstum durch sozialstaatliches Manipulieren der „Neben“-Löhne bzw. Sozial-Einkommen gefördert, sondern der Radau der Interessenverbände, d.h. der „Verteilungskampf“ der Gewerkschaften hätte mit viel Aufwand und Inflation beruhigt werden müssen und dann hätten – leider – die Notenbanken das schöne Wachstum abwürgen müssen. Geschehen so angeblich Mitte der 1970er Jahre. (36)

**Grafik:
Der Sozialbeitrags-Keil zwischen
Produktivitätsdynamik und Lohnniveau
1970 - 2014**



Quelle: Makenfall, 22.03.2014

1.8. Sozial-Gejammere: Eine Sonderform des Milieu-Egoismus der Bildungsgewinnler(innen)

Dabei gibt es dann zusätzlich noch eine Reihe von sozusagen systemstabilisierenden Nebenwirkungen: Selbstverständlich hat so eine Herausnahme enormer Beitragsvolumina und so eine Zuteilung normierter Leistungspakete für den einzelnen Anbieter von Arbeitszeit neben der unerfreulichen Tatsache eines ganz erheblichen Unterschieds zwischen „Brutto“ und „Netto“ doch auch eine beruhigende Wirkung. Weder brauchen er oder sie sich Tag und Nacht um sich selbst oder die Angehörigen ängstigen – es gibt ja eine „Soziale Sicherheit“ und er oder sie können sich auch gleich noch den Gewerkschaftsbeitrag sparen – einen immer größeren Teil des Arbeitsentgelts legen die „Sozialpolitiker(innen)“, die „Soziallobbyist(inn)en“ und die „Sozialbürokrat(inn)en“ fest.

So bleibt dann am Ende, auch wenn die Arbeit immer weniger wert ist und immer billiger wird, der „Sozial-Friedel“ der Liebling der Deutschen und es kann außerdem noch ein „Wir“-Gefühl produziert werden. Früher war das mehr die „Volksgemeinschaft“, dann ein „Wirtschaftswunder“, gefolgt von jahrelanger „Exportweltmeisterschaft“ und jetzt ist es die „Große Koalition“ mit Mindestlohn, Müttermaut und VdK.

Und vor allem: Grundsätzliche Analyse und Kritik müssen nicht befürchtet werden, weil diejenigen, die so etwas leisten könnten, sich (fast) alle lieber auf die „falsche Spur“ des angeblichen Sozialabbaus „am“ Sozialstaat begeben haben und hier regelrechte „Diskursmilieus“ entstanden sind, in denen sich die sachkundigen Damen und Herren wohlig eingerichtet haben. Ein besonders schönes Beispiel ist der sogenannte Kongress „Armut und Gesundheit“. Bei diesem laufen alle Jahre wieder, seit zähle und rechne 19 Jahren in Berlin die üblichen Verdächtig(inn)en zusammen, um immer neue Facetten ihres Dauerthemas zu erörtern. Dabei haben die Initiator(inn)en ein ganz feines Gespür dafür, welche Themen für die Finanziers aus dem „Sozialstaat“ eher schmerzfrei sind und um welche Themen man lieber einen weiten Bogen macht. Natürlich hat dieser Kongress wie auch das sonstige Armutsgerede bisher nur für die Teilnehmer(inn)en, garantiert aber nicht für die Armen und Kranken etwas gebracht – siehe die schon weit ins Absurde geratenen ergebnislosen Rechenkunststücke zum „Regelsatz“ mit den berühmten 5,- Euro Erhöhung. Wahrscheinlich wären 10,- Euro locker drin gewesen, wenn man auf die ganzen Rechenkunst-

ler(innen), Talkshow-Armutsdarsteller(innen) etc. verzichtet hätte und deren Gehälter, Honorare, Pensionen etc. den Hartz IV – Leuten gegeben hätte.

1.9. Sozialstaatsfunktion: Garantierung eines Arbeitsethos

Worum es geht ist ein neuer Blick auf das Funktionieren des (kapitalistischen) „Sozialstaats“ als Gesellschaftsmodell mit eingebauter Lohnsenkungs- und Gewinnsteigerungsautomatik. Es geht um die typischen „Sozialfunktionen“ des Staates und darum, ob und wie diese sich gewandelt oder nicht gewandelt haben und was das für die Zukunft des Sozialstaates bedeutet. Zuerst muss man dabei diejenige „Sozialfunktion“ des Staates bzw. denjenigen Aspekt des „Sozialstaates“ betrachten, bei denen es kapitalistisch so richtig zur Sache geht: Die Dressur, vornehmer: Die Habitualisierung der Leute zu begeisterten Arbeitszeitanbietern – also Selbstausbeutern.

Es ist ein Urproblem des Kapitalismus, d.h. des Handels mit Arbeitszeit und vor allem des Einsatzes gekaufter Arbeitszeit im Produktionsprozess, dass der Aufkäufer bzw. der Unternehmer im Kaufvertrag bzw. im Arbeitsvertrag zwar den äußeren Umfang, also die Dauer und Lage etc. der Arbeitszeit und dann auch noch die Art der zu erledigenden Arbeit mit dem Verkäufer bzw. der Verkäuferin der Arbeitszeit vereinbaren kann. Aber ob dann tatsächlich die erwarteten oder benötigten Leistungen auch bestmöglich erbracht werden (können) bzw. wie genau dies sichergestellt werden kann ist ein seit dem Anfang des Kapitalismus mit Bestrafungen oder Belohnungen, mit Drohungen oder Schmeicheleien, mit Tagelöhner-tum oder Lebensstellung, mit Lohnkürzungen oder Lohnzuschlägen, mit Ausdehnung des Arbeitstages oder Durchgestaltung der Arbeitsvorgänge, mit Fließbandarbeit oder mit Gruppenarbeit etc.stets umkämpftes Feld. (37) Die „Sozialfunktion“ des Staates liegt hier seit eh und je im Bereich der Durchsetzung von Zucht und Ordnung, vornehmer: Im Bereich von Erziehung und Ausbildung.

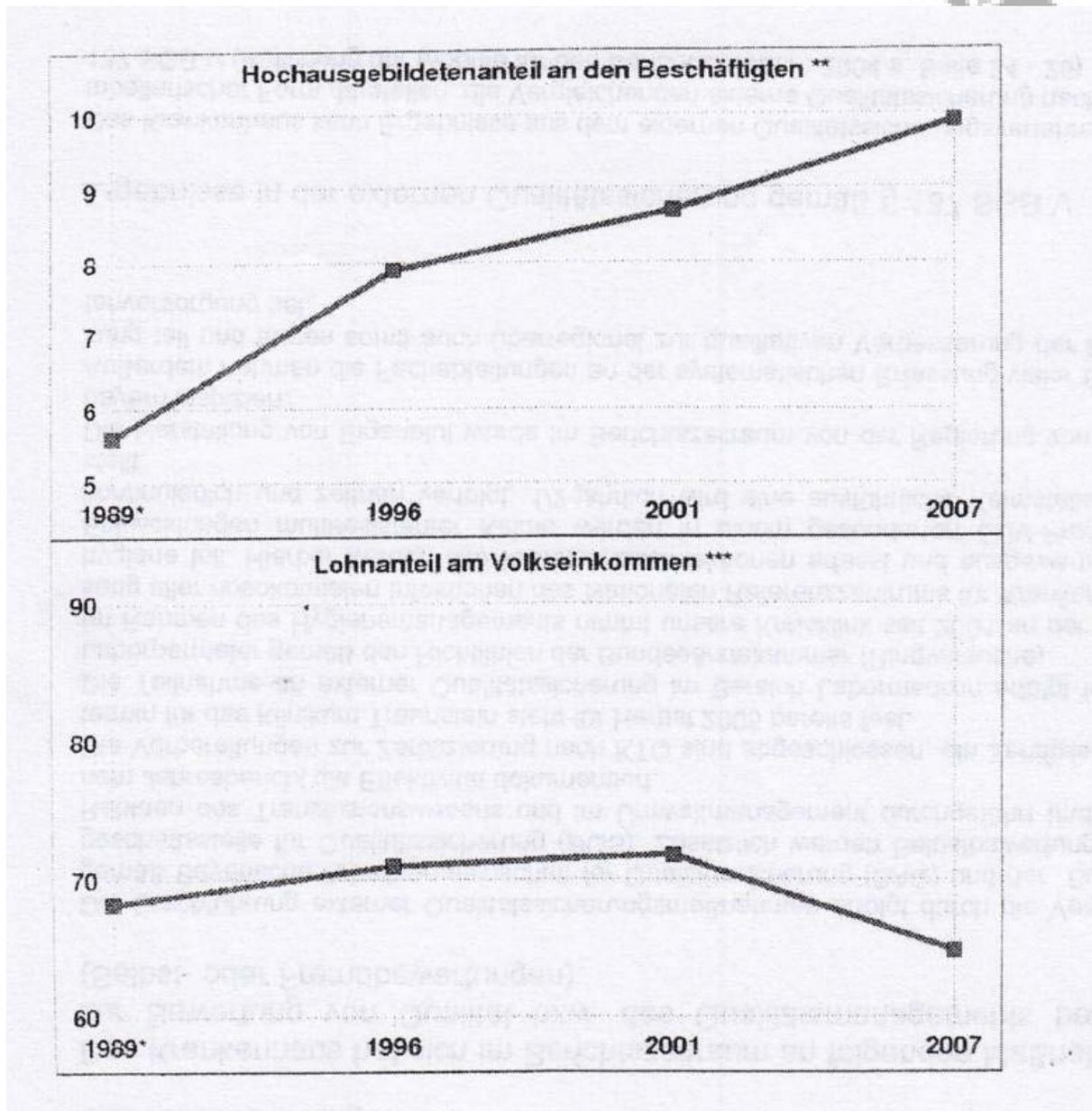
Eine erste formelle, im übrigen strafrechtliche Normierung erfuhr der Arbeitstag im neu gegründeten deutschen Reich durch die reichsstrafrechtliche allgemeine Einführung der „Polizeistunde“, deren konkrete Uhrzeit die deutschen Länder dann festlegen konnten. Dabei wurde die Abend-Polizeistunde durch eine Morgen-Polizeistunde ergänzt. In der Literatur wird die Polizeistunde als Exempel für die „formelle Subsumtion der Arbeitskraft unter die

kapitalistischen Verwertungsbedingungen“ (38) charakterisiert. Die bekannte und vielfach beschriebene Zwangsarbeit in der überdimensionierten US-Gefängniswirtschaft, in den Rüstungsabteilungen der deutschen Konzentrationslager, in den sowjetrussischen Straf- und Kriegsgefangenenlagern lenkt eher von der alltäglichen disziplinierenden, vor allem arbeitsnormierenden „Sozialfunktion“ des Staates ab als diese kenntlich zu machen. So sei hier nur an die im Zuge der rüstungswirtschaftlichen Leistungsforderungen des Dritten Reiches angestellten Bemühungen erinnert, den biologischen Tag- und Nachtrhythmus zum Zweck weiterer Leistungssteigerung zu überwinden und auch der verbreitete Gebrauch der Leistungssteigernden Droge Pervitin und dessen Duldung durch die Gesundheitspolitik des Dritten Reiches. (39)

Ein Thema, das seit Jahr und Tag die kritischen Geister umtreibt ist die Begeisterung, mit der sich zumindest ein Teil der Bevölkerungen der kapitalistischen Volkswirtschaften zu mittlerweile einer Erreichbarkeit rund um die Uhr (Handy, E-Mail etc.) selbst antreibt. Bislang gibt es keine umfassende und übergreifende und durchschlagende „Erzählung“ für diese Volkskrankheit. Eine Erzählung kann man hier aber schon einmal dingfest machen: Das wirklich aberwitzige Geschwätz von der „Bildungsrepublik Deutschland“ oder noch schlimmer: Von der „Wissengesellschaft“ als solcher. Mit dem gerade auch von den linksorientierten und gerne selbst ein bisschen bildungsvorangekommenen Gutmenschen bejubelten Anliegen größerer Bildungsgerechtigkeit wird in Wirklichkeit nur die ehemals äußerliche Arbeitsplatzkonkurrenz nun in das „Innenleben“ der Anbieter von Arbeitszeit verlegt: Wer keinen Job bekommt, hat in der Schule zu oft nicht aufgepasst – ist also selber schuld! Es folgen zwei Kurven, die die ganze Unverschämtheit dieser Realideologie deutlich machen. (40)

Vor allem nach dem Anschluss der DDR an die BRD hat die Quote der Hochzertifizierten an den Erwerbstätigen deutlich zugenommen, gleichzeitig hat aber die Quote der Löhne am Volkseinkommen deutlich abgenommen. Offenbar gibt es einen negativen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang zwischen Qualifikations-, besser: Zertifizierungsniveau und Lohnniveau, so wie ja auch der Zusammenhang von Produktivitätsniveau und Lohnniveau zunehmend ins Negative gerät. Man kann ruhig behaupten, dass es neben der Manipulationsmasse der Nebenlöhne auch die Inflation der Bildungszertifikate war und ist, die via verschärfter Konkurrenz der Arbeitszeitanbieter einerseits deren Selbstausbeutungsbereitschaft steigert und andererseits deren Marktwert nach unten drückt.

Grafik:
Wertverlust der Lohnarbeit trotz Mehrbeschäftigung
von
Hochausgebildeten



Quelle: Goeschel, Albrecht: „Wissengesellschaft“: Adaption der Qualifikationen, Mentalitäten und Milieus an den Exportkapitalismus Deutschland. In: Cornelia Koppetsch (Hrsg.): Nachrichten aus den Innenwelten des Kapitalismus, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011

In der kritischen Arbeitsökonomie wird zuletzt auf eine „Sozialfunktion“ des Staates hingewiesen, die bislang mit dem sogenannten „kritischen“, bestenfalls linkskeynesianischen Diskurs überhaupt keine Verbindung hatte: Weit überwiegend wird in der „kritischen“ Ökonomie „Arbeit“ undifferenziert und einseitig nur hinsichtlich ihrer Eigenschaft als Warenwert, nicht aber als Gebrauchswert betrachtet, also letztlich „bürgerliche“ Ökonomie betrieben. Dabei ist es von großer Bedeutung, dass analog zur wachsenden Dominanz des Finanzwirtschaftssektors auch der Anteil von Arbeit, der ausschließlich verwertungsinduziert, d.h. „kapitalismusinduziert“ (Holger Schatz) ist steil ansteigt. Dies lässt sich beispielsweise in der Gesundheitswirtschaft beobachten: Dort nehmen vor allem die ökonomisierungsbedingten Arbeitszeitvolumina, Arbeitsplätze und Arbeitstätigkeiten zu. (41)

Der neueste „Sozialstaat“, bei dem die Leute mit eingebauter „Polizeistunde“ im Sinne jederzeitiger Erreichbarkeit herumlaufen ist natürlich der „Urlaubsstaat“: Es soll hier nicht an die irgendwie schöne Erfolgsnummer „Kraft durch Freude“ (KdF) des Dritten Reiches erinnert werden – nein, die Aussonderung von „Urlaub“ aus dem Jahresarbeitsgesamtkontingent selbst, das an die Stelle einer Selbstbestimmung über die Arbeitsleistung getreten ist, wirkt wohl am perfektesten als Antrieb für die erwartungsgerechte Leistungserbringung. Der psychomentale Giftmüllexport „Fernreiseurlaub“ des auch hier Exportweltmeister Deutschland hat im Finanzkapitalismus auch noch einen ganz handfesten Nutzen: Das nicht immer ganz einfache Zurückschleusen des spekulativen Weltkapitals in irgendwelche Realwirtschaften bevorzugt hierfür u.a. Großimmobilien: Gerade diese, in Gestalt der Betongebirge im Süden Europas, den Gestaden der Türkei etc., manchmal auch in Kreuzfahrtschiffsgestalt, generiert der touristische Giftmüllexport.

Es gibt ja viele gute Bücher zum „Sozialen als solchem“, zur „Sozialpolitik“ und zum „Sozialstaat“. Etliche von diesen Büchern kommen immerhin zu dem sogar übereinstimmenden Ergebnis, dass es die sozusagen „sekundäre“ Schichtung, die Aufspaltung und Wiederzusammensetzung der jeweils vorgängigen Gesellschaft durch sozialstaatlich – sozialrechtliche Zuordnungen(42), ganz zentral die jahrzehntelange sozial-rechtliche Unterscheidung von „Arbeitern“ und „Angestellten“, jetzt von „Erwerbstätigen“ und „Arbeitssuchenden“ ist, die das äußere Arbeitsverhältnis zu einem inneren Anliegen macht. Es ist sicherlich weniger die tatsächliche Rolle von

Nicht-Ariern, Hartz IV - Empfängern, EU-Migranten oder Asylbewerbern als wirkliche Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt, die Sozialhass produziert – es ist eher die Möglichkeit sich dadurch zum „inner circle“, vormals: Volksgemeinschaft rechnen zu dürfen, wenn man „Andere“ nur richtig hasst. (43)(44) Dafür ist es dann hilfreich wenn der „Sozialstaat“ solche „Anderen“ definiert. Johannes Freyrich weist hier sachdienlich darauf hin, dass es im Kaiserreich noch ganz die „Arbeiterfrage“ war, die im Mittelpunkt des „Sozialen“ stand und dass aber dann im Dritten Reich die Gesamtgesellschaft zum Objekt „Sozialer Ordnungspolitik“ wurde.(45)

Im Hin und Her und Auf und Ab des schon oben als zählebig beschriebenen Sozialstaats kann man recht schön nach verfolgen, wie, jetzt einmal abgesehen von Schöntuereien im Zusammenhang mit Kriegsplänen der „Sozialstaat“ mal etwas lockerer ausfiel, wenn z.B. dankenswerter Weise recht viele spätere Mitbürger aus Polen ins Ruhrgebiet kamen, Kriegs- und Vertreibungsflüchtlinge den Arbeitsmarkt belebten, „Gast“-Arbeiter aus Europa Süd- und Europa Südost oder Türkei-Mitte als Selbstanbieter auftraten.(46) Nicht zu vergessen natürlich die Ex-DDR-Übersiedler.

Diese locker-freundliche Version des Sozialstaats, durchaus in Korrespondenz zu wirtschaftlichen Wachstumsphasen, ging das Problem der „Passung“ von Qualifikation, Mobilität und vor allem Motivation und Loyalität der Anbieter von Arbeitszeit und der Erfordernisse konkurrenzförmiger Warenproduktion in einer kapitalistischen Wirtschaft unter der Überschrift „Arbeitsförderung“ an. Ab Ende der 1960er Jahre, im Zuge der damals bei der Bevölkerung noch beliebten und geschätzten „Reformen“ nebst Wachstumswiederkehr bemühte sich die auf Reformkurs gebrachte Arbeitsverwaltung in vielfältigster Weise natürlich vor allem um die Personalausweis-Deutschen und deren „Qualifikation“. Damals wurde auch noch gleich ein „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (IAB) gegründet, das sich viele Gedanken über diese Qualifikation und ihre Verbesserung machte. Für Arbeit auf Pfiff hatte man ja die untere Arbeitsmarkt-Schublade „Ausländer“. (47)

Als kleine Zwischeneinlage, der Arbeitsmann und seine Gewerkschaften waren Mitte der 1980er Jahre mit allerlei Ideen zur Arbeitszeitverkürzung irgendwie unverschämt und auch streiklustig geworden, zeigte der Sozialstaat ein bisschen „Dachlatte“ und verdonnerte die Bundesanstalt für Arbeit zur „Neutralität“ bei Arbeitskämpfen – sprich: Sie durfte an Nichtbeteiligte aber gleichwohl im

Zuge von Arbeitskämpfen Ausgesperrte keine Unterstützung leisten – wohlgemerkt: Geld das den Arbeit“nehmern“ gehört. (48)

Aber davon unabhängig kann man die Hineinverinnerlichung des (west-)deutschen Sozialstaats am besonders abstoßenden Exempel der „Heimlichen Hauptstadt München“ studieren. Dieses sozialdemokratische Versuchslabor für einen Angestelltenkultur- Sozialstaat des begeisterten Lohnverzichts wegen stadtentwicklungsplanerisch bereitgestellter „Lebensart“ nebst traditionsgeerbter „Originalität“ war ab zweite Hälfte der 1960er das Vorbild für den dann (west-)deutschlandweit praktizierten SPD-Reformismus nach dem Motto: Lohnbescheidenheit für „Lebensqualität“. (49)

Der Sozialstaat kann aber natürlich auch ganz anders als hin und wieder ein bisschen „Dachlatte“. Die „Passung“ der Arbeitstätigkeit an den jeweiligen Kapitalismus in Deutschland hat auch eine gediegene „Arbeitsdiensttradition“: Angefangen mit den 1918er „Notstandsarbeiten“ über den „Freiwilligen“ und dann später gar nicht mehr „Freiwilligen“ Arbeitsdienst nebst Umbenennung der Arbeitsverwaltung 1938/1939 in „Arbeitseinsatz“-Verwaltung (50) und die Zwangsarbeitspolitik 1939 – 1945, aber auch die Repressionen der westalliierten Besatzungstruppen gegen Belegschaften, die nach Kriegsende im Ruhrgebiet Werke übernommen hatten (51) geht das bis zum „Sanktionsstaat“ der Arbeitsmarktreformen der Herren von der SPD-Grün-Koalition Clement, Fischer, Schröder nebst Gesundheitsdame Schmidt. Der eigentlich eher harmlose Sozialstaatshistoriograf Christoph Butterwegge kann es sich nicht verkneifen, angesichts der Umkippen der vormaligen Politik der „Arbeitsförderung“ nun in eine Politik der „Überforderung der Beschäftigten und Beschäftigungssuchenden“ mit Aufweichung des Kündigungsschutzes, Ausbreitung geringfügiger und entwerteter Arbeit, Abdrängung in die Grundsicherung, Zumutbarkeitsverschärfung, Bedürftigkeitsprüfung, Alltagsüberwachung, Strafmaßnahmen etc. geradezu von einem „Sozialpolizeistaat“ (52) zu sprechen. Deutlich schärfer, weil gesellschaftstheoretisch abgeleitet und nicht nur voreingenommen kommentierend zeigt Robert Kurz, dass der zeitweilig globalisierungsverabschiedete Staat nun wieder zurück kehrt - aber nicht als Akkumulationsregime, sondern als „Polizeistaat“. (53)

So gesehen sind dann natürlich nicht nur 150 Jahre „Sozialdemokratie“ sondern erst recht 130 Jahre (kapitalistischer) „Sozialstaat“ genug – mehr als genug.

1.10. Sozialstaatsfunktion: Inszenierung von Systemintegration

Es ist nicht möglich, die ganze Breite der „Sozialstaatsfunktionen“ oder gar der „Sozialfunktionen des Staates“ abzuhandeln. Diese haben ja gerade in Deutschland besonders in der Weimarer Republik, aber auch im Dritten Reich und dann in der BRD-deutschen Version wie auch in der DDR-deutschen Version ganz erheblich zugekommen. Die noch notwendigen Ausführungen zum „Sozialstaat“ sollen daher sozusagen kontrapunktisch aufgebaut werden. Als wesensbestimmende Dauerfunktion des (kapitalistische) Sozialstaats wurde die Formierung der Arbeitskraft als gleichzeitig notwendig nützliche und vor allem aber einträgliche Anstrengung behauptet, als eine mehrfach in sich widersprüchliche Veranstaltung, die immer wieder „passend“ (Atze Schröder) gemacht werden muss.

Auf der ganz anderen Seite dieser sozusagen das Innenleben des Kapitalismus betreffenden Funktion des Sozialstaats ist eine Funktion des Sozialstaats angesiedelt, die in den sogenannten „Leitmedien“ in einer ganz eigenartigen Weise reflektiert wird. Dort wurden wie zufällig auf dem Höhepunkt der Hartz IV – Auseinandersetzungen die Thesen eines Historikers, Götz Aly, der Nationalsozialismus habe sich als System durch breit angelegte, ethnisch exklusive „sozialpolitische Bestechung“ stabilisiert geradezu begierig aufgegriffen und mehr oder minder in die Unterstellung umgedreht, eigentlich sei der heutige „Sozialstaat“ also letztlich von Adolf Hitler erfunden worden und müsse daher schleunigst „bewältigt“ werden. (54)

Die gleichen Diskurskreise befassen sich eher ungern damit, dass die altkapitalistischen „Wohlfahrtsstaaten“ nicht ganz zufällig im Zusammenhang der russisch-sowjetischen Revolution und der europäischen sozialistischen Revolutionsversuche und autoritären oder faschistischen Gegenrevolutionen ausgebaut worden sind. Sie waren ein Hauptmittel zur Stilllegung der heftigen Klassenkämpfe auch in den USA in diesen Jahrzehnten. (55)

Vor allem dann nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und den damals schwindenden Möglichkeiten, Krisenfolgen wie Arbeits- und Einkommenslosigkeit sowie Klassenkonflikte in die afrikanischen oder asiatischen Kolonialgebiete zu exportieren, die sich in jahrelangen Dekolonisierungskriegen befreien und angesichts der

chinesisch-kommunistischen Revolution und des Kalten Krieges zwischen Nato und Warschauer Pakt (56) waren die (kapitalistischen) Wohlfahrtsstaaten exakt die Arrangements, mit denen die klassenpolitische „Passung“ der „Arbeitnehmerschaften“ und der „Marktwirtschaften“ erreicht werden sollte. Der „Sozialstaat“ war ein Hauptmittel gegen den „Staatssozialismus“. Der „National-Sozialismus“ war nun „Atomarer Sozialstaat“ geworden.(57)

Zu den deutschen Besonderheiten, die durch den frühen Verlust von Kolonien an die anderen imperialistischen Mächte noch verstärkt wurden, gehörte die Raumordnung als zweite Komponente neben der Sozialordnung im „Sozialstaatskonzept“. Ursprünglich vor allem zur „geordneten“ Bewältigung der industrialisierungsbedingten Landflucht und Verstädterung sowie zur Bewältigung der ungelösten Austauschverhältnisse zwischen Agrarwirtschaft und Industriewirtschaft, später zur rüstungswirtschaftlichen Ressourcenerschließung, bekanntestes Beispiel: Die Reichswerke „Hermann Göring“ in Wolfsburg, gefolgt dann von den Generalplanungen Ost zur Ausbeutung der besetzten Gebiete im Osten Europas und zuletzt erzwungen durch die flucht- und vertreibungsbedingte Verlagerung großer Bevölkerungsmassen in den westdeutschen Raum stellte die zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstandene sogenannte „Innere Kolonisation“(58) die deutschtypische, von den übrigen imperialistischen Mächten mit originärer Kolonisation versuchte Dämpfung des Klassenkonflikts durch Verräumlichung dar.

Die „Passung“ von Arbeitsleistung und Kapitalverwertung erfolgte typisch für (West-)Deutschland dann auch unter der Überschrift „Raumordnung und Landesplanung“. Hier sollten die Arbeitskraftreserven der ländlichen Räume durch die dezentral-konzentrierte Bereitstellung von „Daseinsvorsorge“ für die Phase der Zweigwerksindustrialisierung, d.h. des Kapitalexports aus den industriellen Ballungszentren verfügbar gemacht werden. Das war die Zeit, in der die spätere „Laptop-und-Lederhosen“-Saga Bayern gegründet wurde. Bayern: Das Land nicht nur der Zweigwerksindustrialisierung sondern auch der Nebenerwerbslandwirte-Proletarisierung und der kostenneutralen Sozialpolitik durch tourismusbedingte Boden- und Gebäudewertsteigerung auf dem Lande nebst Bevölkerungszugewinn durch Ostdeutschland-Flüchtlinge und SBZ-Asylanten – ein Erfolgsmodell für mehrere Jahrzehnte.(59)

Demgegenüber wird im gegenwärtigen „Sozialstaatsdiskurs“ demacht- und gewaltpolitische Kontext vermieden und allenfalls weit in die Geschichte, d.h. in die Bismarck-Ära zurück verfrachtet . Die

sozialwissenschaftlichen Berichteschreiber(innen), die den Diskurs-Milieus der sogenannten Volksparteien nahestehen, machen einen weiten Bogen um diesen Aspekt. Sie „erklären“ das auffällig mit dem Ende des „Staatssozialismus“ sich ebenfalls einstellende Ende des schönen „Teilhabekapitalismus“ und die damit verbundene „Schubumkehr“ in der Sozialpolitik von einem Instrument des Sozialausgleichs durch „Sekundärverteilung“ in ein Instrument der Sozialsplaltung durch (ungleichere) „Primärverteilung“ aus den wachsenden „Umweltkosten“ der Industrieproduktion. (60) Damit blamieren sich diese „Sozialberichterstattungs-Schreiber(innen)“ wie auch die sonstigen ministerialalimentierten Berichteschreiber(innen) zu den beliebten Themen Alter, Armut, Bildung, Familie und Gedöns (Gerhard Schröder) ordentlich vor deutschen Kollegen, die gerade an dieser oder jener US-Provinzuniversität gastwissenschafteln, aber wenigstens die „geopolitische“ Dimension des „Welfare State“ nicht ganz mit dem Waldsterben beerdigt haben. (61)

2. Feindseliger Sozialstaat, belohnender Sozialstaat und europäischer Neo-Imperialismus

Zwei zentrale Funktionen des (kapitalistischen) „Sozialstaats“ sind also zu beachten: 1. Die für den Kapitalismus unverzichtbare andauernde „innere“ Passung von Arbeitsleistung und Gewinnerzielung, die historische Notwendigkeit, die mit Kapital gekaufte Ware Arbeitszeit im Produktionsprozess in verkäufliche Waren umzusetzen und im Verkaufsprozess am Ende als mehr Kapital zurückzuholen und zu diesem Zweck die Arbeitsfähigkeiten und die Arbeitsleistungen maximal oder wenigstens optimal auszunutzen. 2. Die für den Kapitalismus ebenfalls unverzichtbare andauernde „äußere“ Passung von Gesellschaft und Wirtschaftsordnung des Kapitalismus, die historisch unterschiedliche Bereitstellung von Ersatzeinkommen und Daseinsvorsorge zum Ausgleich und zur Abmilderung der im Kapitalismus wesensbestimmenden Enteignung und Fremdbestimmung der erarbeiteten Wertschöpfung und der damit stets latenten oder manifesten sozialen und politischen Konflikte.(62)

Stellt man die Frage nach der „Zukunft“ des (kapitalistischen) „Sozialstaats“ sollte man von diesen beiden Funktionen des Sozialstaats, von der „inneren“ Passung von Arbeitsvermögen und Kapitalverwertung und der „äußeren“ Passung von Gesellschaft und Wirtschaftsordnung des Kapitalismus ausgehen. Aus diesem Blickwinkel hat der „feindselige“ Sozialstaat eine große Zukunft.

Man erlebt gerade hautnah, wie der unter „Rot-Grün“ dank des beendeten Kalten Krieges und damit entbehrlich gewordener „äußerer“ Passung, also: „Sozialstaat“ als Mittel gegen den „Staatssozialismus“ dieser vor allem auf die „innere“ Passung umorientiert worden ist: „Sozialstaat“ als Mittel zur Prekarisierung von Arbeit, als Mittel zur Errichtung eines Regimes der Angst in Arbeitswelt und Gesellschaft, als Mittel zu Exportexzessen durch Lohndumping.

Und genau dieser „feindselige“ Sozialstaat wird derzeit in der gesamten Europäischen Union gegen die tradierten Sozialordnungen der Einzelnationen vor allem im EU-Süden exekutiert.(63) Björn Hacker spricht hier von einer „Kannibalisierung“ des Europäischen Sozialmodells.(64) Zuvor war er schon als Instrument zur Enteignung der Gemeinwirtschaften in der vormaligen DDR und im EU-Osten eingesetzt worden.(65)

Dabei findet derzeit in Deutschland selbst etwas statt, das in höchstem Masse misstrauisch machen muss: Das oppositionslose Regime der Großen Koalition der Besserverdiener hat nicht nur seine Hauptklientele und Hauptmilieus mit milliardenschweren Einkommensverbesserungen („Müttermaut“, „Männerrente 63“), allerdings auf Kosten aller Rentenempfänger und Rentenbeitragler bedacht, es hat auch noch, dankbar beklatscht von bekannten „gewerkschaftsnahen“ Wissenschaftlern, einen „Mindestlohn“ beschlossen. Der wird zwar in seiner behaupteten Wirkung auf die Inlandsnachfrage durch die Finanzierung der „Müttermaut“ aus den Alterslöhnen, durch die Sozialbeiträge und die Lohnsteuer sowie durch die Mehrwertsteuer konterkariert(66) – er hat aber eine hohe Wirkung als Mittel zur noch festeren Einbindung der Konsensgewerkschaften in das deutsche und neueuropäische Machtkartell. Sicherlich ist mit dem „Mindestlohn“ auch ein erheblicher Teil der Besetzung der UmFAIRteilen-Hüpfburg zur Kapitulation bereit. Allerdings hat sich mittlerweile auch eine Gegenbewegung gegen diese Mindestlohnpolitik formiert, die ganz zu Recht von einer „8,50-Euro-Mogelpackung“ (67) spricht.

Dass es beim „Deutschen Gewerkschaftsbund“ große Bereitschaft und rege Bemühungen hinsichtlich engerer Beziehungen zur „Bundeswehr“ gibt, die ja bekanntlich dank „Bundesverfassungsgericht“ etliche Möglichkeiten zum Tätigwerden im Inland hinzugewonnen hat, macht wegen des altbekannten Zusammenklingens von „Sozialstaat“ und je nach dem Bürger- oder Angriffskrieg die Sozialwohltaten der Großkoalition höchst verdächtig. In diversen

Diensten wird anhaltend über Vorbereitungen bei der „Bundeswehr“ auf „Innere Unruhen“ im Zusammenhang der Euro-Krise berichtet.(68) Der vormalige Verteidigungsstaatssekretär HelmutKohls Willy Wimmer hat gleichzeitig offen formuliert, dass die USA ganz bewusst den „Krieg nach Europa“ zurückbringen wollen, um eine weitere Stärkung der EU zu hintertreiben. Die US-Einmischung in der Ukraine ist das aktuellste und dramatischste Beispiel. (67) Nicht schlecht ins Bild passt da die Zusammenarbeit von DGB, BdA und GroKo beim Plan, kleine Spartengewerkschaften zu zerdrücken.

„Feindseliger“ Sozialstaat für die Peripherie Europas und „belohnender“ Sozialstaat in Deutschland bei gleichzeitiger innerer und äußerer Militarisierung – das könnte man ganz leicht für den guten alten Imperialismus halten. Albert F. Reiterer formuliert es so: „Das supranationale bürokratische Imperium will die Einheitswährung Euro als eiserne Faust einsetzen. Mit dem Euro will sie neoliberale Disziplin im Zentrum und im ersten Kreis der Peripherie, sowie im europäischen Osten erzwingen“. (70) Und angesichts der damit verbundenen wachsenden „Klassenkämpfe“ setzt wohl das europäische bürokratisch-ökonomische Machtkartell auf „scharfen“, d.h. militärischen statt auf „milden“, d.h. finanziellen Imperialismus. (71) Robert Kurz spricht in seiner Voraussage dieser neuen Gegebenheiten von zumindest „ideellem Gesamtimperialismus“ und „Krisenkolonialismus“. (72)

So wie es aussieht, ist gerade mit der Installierung des oppositionslosen Regimes der Großen Koalition der Besserverdienenden mit ihrem erneuten Anschmiegen an den NSA-Präsidenten Obama und der Zustimmung des EU-Parlaments zum atlantischen Geheimkapitalismus (TTIP) sowie der (bürger-)kriegsprovokierenden Politik auf der Südseite des Mittelmeeres und im Großraum Südrussland eine andere Zukunft des „Sozialstaates“ als die eines Instruments zur „inneren“ und „äußeren“ Passung, jetzt aber vor allem neben der Peripheriedisziplinierung auch der Sozialkorrumpierung von Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Zivilgesellschaftsorganisationen nicht mehr zu erwarten.

2.1. Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbände: Ein trauriger Haufen von „Sieben Schwaben“

Mittlerweile hat sich ein ordentlicher Stapel von Vorschlägen für eine „New Deal“ – Politik als Alternative zur „Austerity“ – Politik des EU-Imperiums angehäuft. Insbesondere geistert immer noch die

„Sozialeuropa“-Idee durch die gerne akademischen Köpfe der Glaubensgemeinde des „Europa geht anders“ – Kongresszirkus. Dafür hat es aber allenfalls nach den Frankreich-Wahlen 2012 und vor den Deutschlandwahlen 2013 ein Zeitfenster gegeben. Und dieses Zeitfenster hätte nur weiter geöffnet und offen gehalten werden können, wenn an Stelle der rückwärts gewandten Schaukämpfe vor dem Karlsruher BVG (73) und der wohligh-moralisierenden Fensterredenzusammenrottungen zum Thema „UmFAIRteilen“ danach gefragt worden wäre, welche soziale und politische Basis wenigstens ein „Keynesianismus“ damals gefunden hätte: Das Nichtwählerprekariat, die Europaberufe wie Berufskraftfahrer, IT-Fachleute, Bank- und Versicherungsbeschäftigten, Medienleute etc.? (74) Da wäre dann aber richtig „Agitation“ und nicht die übliche Seminarhuberei bzw. Spaziergängerpolitik angesagt gewesen.

Welche Gesinnungen, insbesondere welches Platzhalter-Denken für die Rest-Sozialdemokratie auf weiteste Strecken bei den Sozialverbänden und auch Wohlfahrtsverbänden einer ernsthaften Mobilisierung schon stets im Wege war, zeigt des traurige Schicksal des VdK-NRW, der von einem ursprünglich über etliche Jahre engagierten Kritiker des „Geschäftsmodell Deutschland“ und zuletzt auch noch des Austerity-Diktats gegenüber der EU-Peripherie zu einem Befürworter von Senioren-Arbeit als Lohnkonkurrenz, ganz im Sinne der Rest-Sozialdemokratie umgekippt ist. (75)

Jetzt muss man auch noch befürchten, dass die ganzen tollen Papiere, z.B. formuliert eine EuroMemorandum-Gruppe „radikale Alternativen“ zur gegenwärtigen EU-Politik (76) die tatsächlich radikal sind – in ihrer Banalität einerseits, EU-Kompatibilität andererseits - bestenfalls ein sozialdemokratisch-keynesianischer Zettelkasten für die Legitimation weiterer Lohnkürzungen z.B. via Gebührenerhöhungen werden. Derartiges zeichnet sich im Bereich der Mautfinanzierung der Verkehrsinfrastrukturinvestitionen schon ab. (77)

Das allerhöchste, was die deutschen Gewerkschaften und die deutschen Sozial- und Wohlfahrtsverbände in der Krise zustande gebracht haben, sind ihre vielfältigen und meistens eher Mitleid erweckenden als Furcht einflössenden „Bündnisse“. Leitbild: „Die Sieben Schwaben“ – sozusagen als Gegenmacht zur „Schwäbischen Hausfrau“.

2.2. Südeuropa-Nordafrika: Sezessionsplan gegen das Euro-Imperium

Das ist ganz schön rasant gegangen: Erst Euro-Krisenschock mit „Schubumkehr“ zu „feindseliger“ Sozialpolitik in den Peripherien, dann Regime der Besserverdiener mit „belohnender“ Sozialpolitik im Zentrum und jetzt „scharfer“ Imperialismus mit angeschlossener Leitmedien-Kriegshetze. Bei der Frage nach der Zukunft des Sozialstaates muss man also von einem vereinheitlichten europäisch-imperialistischen „Sozialstaat“ der billigen Arbeit und der territorialen Begehrlichkeit ausgehen. In allen Papieren zum Thema, leider überwiegend rest-sozialdemokratisch-keynesianische Bekundungen a la „Europa geht anders“ wird diese imperialistische Phase der Krisenentwicklung weiträumig umfahren.

Aus Italien kommt dagegen ein Papier, das der Lage gerecht wird: Sein Tenor: Das Imperium nicht nur sozial, sondern auch territorial attackieren, soziale Forderungen mit einer territorialen Neuordnung Europas verknüpfen. Konkret wird ein Bündnis des Europa-Südens mit dem Afrika-Nahost-Norden als der Hauptopfer der Austerity- und Expansionspolitik der EU vorgeschlagen. Verbunden damit soll selbstverständlich ein Austritt bzw. gar nicht erst Eintritt in den Euro sein. Für diesen Alternativen Euro-Mittelmeerraum, diese mediterrane ALBA werden u.a. vorgeschlagen: Euro-Ausstieg; Neufestlegung des Schuldenkurses; zumindest Teilstreichung der Schulden; Nationalisierung des Finanzsektors; Nationalisierung der Strategischen Sektoren wie Energie, Transport, Telekommunikation etc. (78)

In diesem Sezessionszusammenhang: Typisch für das (Bürger)Kriegsgeschreibe zum Thema Ukraine-Neuordnung in den sogenannten „Leit“-Medien, ganz vorne mit dabei die der Rest-Sozialdemokratie stets gewogene Süddeutsche Zeitung mit ihrem Herrn Prantl, ist die Vergesslichkeit hinsichtlich der eigenen oft recht breiten Berichterstattung zu den älteren (Baskenland, Korsika, Irland) und jüngeren Sezessionstendenzen (Norditalien, nun auch wieder Südtirol, Flandern und Wallonien, Schottland) und zugespitzt: Katalonien. (79) Das Konzept aus Italien wäre hier einmal eine schöne Fokussierung der diversen Autonomie- und Sezessionsbestrebungen innerhalb der EU.

2.3. Armuts-Populismus: Ideologie byzantinistischer Verbände

Die Mainstream-Diskussion zum „Sozialstaat“ oder gar „Sozialmodell Europa“ geht in die völlig falsche Richtung – soviel steht schon einmal fest. Wesentlichen Anteil daran hat der oberflächliche und erklärungsfreie, dafür um so anhaltendere Armuts- und Abbau-Populismus vor allem der Sozial- und Wohlfahrtsverbände. (80) Völlig verrückt: Dieses Lamento hat nicht nur die Stimmung im Lande in Richtung GroKo getrieben a la „Arm sind andere – und das soll so bleiben“ sondern mit Lohnraubprogrammen wie „Müttermaut“ und „Männergeld 63“, finanziert aus dem Lohnfonds, auch noch privilegierte Milieus „belohnt“. Die mit dem „Sozialstaat“ und der „Sozialpolitik“ auch zur Debatte stehenden Zukunft der „Armutspolitik“ braucht wohl erst einmal eine gründliche Aufarbeitung der Fehlannahmen und der Schadwirkungen der Armutsdebatte in Deutschland – dort wurden jahrelang Spiegelfechtereien und Scheingefechte veranstaltet.

Dass gerade der besonders armutspopulistisch agierende Sozialverband VdK zu einer beflissenen Hilfstruppe der Großkoalition der Besserverdiener geworden ist, zeigen die jüngsten Auftritte von Merkel und Nahles als Wiederwahlhelferinnen für die VdK-„Präsidentin“ Mascher (81) und deren Wiederwahl mit nordkoreanischen 99 Prozent. Immerhin ist Mascher wesentlich mitverantwortlich für die Einführung der Riester-Rente und der Müttermaut: Beides massive Zugriffe auf die (Alters-)Lohnfonds. Offenbar ist der Sozialverband VdK mittlerweile ein besonderes Prachtexemplar sozialpopulistischer Dekoration eines autoritären Sozialstaats(82) und nebenbei eng mit der Finanzindustrie verbunden.(83) Für die Zukunft der Sozialpolitik wird es auch darauf ankommen, inhaltlich oppositionelle Positionen in diesen byzantinistischen Verbändestructuren zu erarbeiten und durchzusetzen.

Anmerkungen:

- 1) Busch, Ulrich; Land, Rainer: Teilhabekapitalismus – Fordistische Wirtschaftsentwicklung und Umbruch in Deutschland 1950 – 2009. In: Forschungsverbund Sozio-ökonomische Berichterstattung (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland – Teilhabe im Umbruch. 2. Bericht, VS – Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden 2012, S.111 – 152
- 2) Frings, Christian: Kritik der Sozialstaatsillusion: Enteignung, Vereinzelung, Befriedung: Was gibt es da zu verteidigen? In: ak – analyse und kritik, Hamburg, 17.12.2010
- 3) Schachtschneider, Karl-Albrecht: Der Kampf um die Krim als Problem des Staats- und Völkerrechts.
<http://www.wissens-manufaktur.net/krim-zeitfragen>.
Gedruckt: 5.4.2014, 19.10 Uhr
- 4) Goeschel, Albrecht: Milder Imperialismus ?–Vorgeschichte, Zusammenhänge, Hintergründe von Euro-Krise und EU-System 1920 – 2010. Hrsg. Accademia ed Istituto per la Ricerca Sociale Verona, Verona Mai 2013
- 5) Maskenfall: Le Monde und der European Council – ein seltsames Paar, Posted: 10.5.2014
- 6) Cremer, Uli: Die Krim und die NATO-Präsenz. In: kommentare-analysen/detail/artikel/die-krim-und-die-nato-praesenz, 28.3.2014
- 7) Hirsch, Joachim: Weltwirtschaftskrise 2.0 oder der Zusammenbruch des neoliberalen Finanzkapitalismus.
www.links-netz.de – Weltwirtschaftskrise 2.0 oder der Zusammenbruch...
- 8) Autorengemeinschaft: Sozialinvestitionen in die Sozialwirtschaft statt Armutspopulismus: Politikwechsel bei den Wohlfahrtsverbänden. Hrsg. Accademia ed Istituto per la Ricerca Sociale Verona, Verona Oktober 2013 und Goeschel, Albrecht: Europaweite Bewegung für ein Sozial europa? Mit gemeinwirtschaftlicher Investitionspolitik aus der Krise? Hrsg. Accademia ed Istituto per la Ricerca Sociale Verona, Verona August 2013
- 9) Kurz, Robert: Das Weltkapital: Globalisierung und die inneren Schranken des modernen warenproduzierenden Systems. Edition Tiamat, Berlin 2005, S.321 ff., bes.S. 336 ff. und S.411 - 423
- 10) Goeschel, Albrecht: Wir zahlen die “Müttermaut”. In: FOCUS 2/2014, München 4.1.2014, S.83

- 11) **Goeschel, Albrecht: Von Vorteilsextremismus und Gleichgewichtsidealismus. In: WeltTrends, Potsdam Januar/Februar 2014, S. 85-88**
- 12) **Reiterer, Albert F.: Sozialstaat und Sozialabbau: Die Debatte und das reale Problem. Kommentar im Internet, 3.11.2013**
- 13) **Goeschel; Albrecht, Merkle, Lothar: EU-Sozialpolitik als Instrument der Gewinnmaximierung: „Formierung“ einer einheitlichen Klassengesellschaft in Europa. Hrsg. Accademia ed Istituto per la Ricerca Sociale Verona, Verona Januar 2014**
- 14) **Busch et al.: Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell: Wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension der EU bedroht. Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, November 2012 und Goeschel, Albrecht: Sozialpolitik als Instrument der Verarmung? Die Zerstörung des Europäischen Wohlfahrtsstaates in der Euro-Krise. In: EURO – Rettet eine Sozial-Union Europa ? Hrsg. Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2013, S. 11-38**
- 15) **Busch et al.: a.a.O., S. 23-24 und Goeschel, Albrecht: Sozialpolitik als Instrument der Verarmung?, a.a.O., S. 36 ff.**
- 16) **EuroMemo Gruppe (Hrsg.): Europa spaltet sich: Die Notwendigkeit für radikale Alternativen zur gegenwärtigen EU-Politik, o.A. 2014 und Reiterer, Albert F.: Der Euro und die EU: Zur Politischen Ökonomie des Imperiums, pad-Verlag Bergkamen 2014**
- 17) **Busch et al.: A.a.O. und Goeschel, Albrecht: Sozialpolitik als Instrument der Verarmung ? ,a.a.O.**
- 18) **Goeschel, Albrecht: Milder Imperialismus?, a.a.O., S. 20 ff. und S.48 ff.**
- 19) **Busch et a.: A.a.O., S. 29 ff. und Goeschel, Albrecht: Europaweite Bewegung für ein Sozialeuropa?, a.a.O., S.39 ff.**
- 20) **Goeschel, Albrecht: Krankenversicherung in den eingegliederten und besetzten Gebieten. In: Landenberger, Margarete (Hrsg.): Die historische Rolle der Sozialversicherungsträger bei der Durchsetzung politischer Ziele im Nationalsozialismus. Mitteilungen – Sonderheft III. Hrsg. Sonderforschungsbereich Entwicklungsperspektiven von Arbeit, München 1993, S. 29-32 und Reidegeld, Eckart: Die Sozialversicherung im „Großdeutschen Reich“. In: Landenberger, Margarethe (Hrsg.): A.a.O. S. 35 – 48**
- 21) **Unmüssig, Barbara; Falk, Rainer: EU / USA: Die Revanche des Nordens. In: Informationsbrief Weltwirtschaft &**

- Entwicklung, Luxemburg, 17.2.2014 (www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org)
- 22) Händel, Thomas; Scholz, Helmut: Die Wirtschafts-NATO, Berlin 26.2.2014, <http://www.linksfraktion.de/im-wortlaut/wirtschafts-nato>
 - 23) Schreiner, Patrick: SPD sieht in EU-US-Freihandelsabkommen mögliche Vorteile für Arbeitnehmer/innen. In: [annotazioni.de](http://www.annotazioni.de/post/1376). www.annotazioni.de/post/1376
 - 24) Goeschel, Albrecht: Milder Imperialismus ?, a.a.O., S. 12 ff
 - 25) Ebda., S.27 ff.
 - 26) Piper, Nikolaus: „Obamacare“ ist ein Renner. In: Süddeutsche Zeitung, 4.10.2013
 - 27) Denkwerk Demokratie e.V. (Hrsg.): Ein neues Normalarbeitsverhältnis, Berlin 2014
 - 28) Ebda., S.4
 - 29) Ebda.
 - 30) Ebda., S.5
 - 31) Ebda., S.6
 - 32) Ebda. S.7
 - 33) Lieblingsautor dieser Gemeinde ist Christoph Butterwegge: Krise und Zukunft des Sozialstaates, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005. Lieblingsthema dieser Gemeinde ist die „Armut“. Dazu hochverschurbelt: Schneider, Ulrich: Armes Deutschland – Neue Perspektiven für einen anderen Wohlstand, Westendverlag Frankfurt am Main 2010
 - 34) Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch – Arbeits- und Sozialstatistik 2004-2011, CD-Rom Ziff. 7.2.
 - 35) Reiterer, Albert F.: Sozialstaat und Sozialabbau: Die Debatte und das reale Problem. Kommentar im Internet: 3.11.2013
 - 36) Kromphardt, Jürgen: Erklärung der Wachstumsschwäche seit den 70er Jahren aus konjunktureller und langfristiger Perspektive. In: Ifo-Studien, Duncker & Humblot, Berlin-München, 2/3-1988, S.117 – 132, bes. S. 127 ff.
 - 37) Butterwegge, Christoph: Krise und Zukunft des Sozialstaats, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2.Auflage 2005, S. 13 ff. und Müller, Wolfgang; Neusüss, Christel: Die Sozialstaatsillusion und die Widersprüche von Lohnarbeit und Kapital. In: Probleme des Klassenkampf – Sonderheft 1, Berlin und Erlangen, Januar 1971, S. 7 – 70, bes. S. 16 ff. und S. 46 ff.
 - 38) Goeschel, Albrecht: Gesellschaftsordnung, Wirtschafts-

- weise, Raumgliederung und Staatsgewalt: Anmerkungen zur Entwicklungsgeschichte der Polizei in Deutschland. Hrsg. Accademia ed Istituto per la Ricerca Sociale Verona, Verona 1977, S. 33 ff. Wiederveröffentlichung des Textes von 1977 im Jahre 2013
- 39) Schmidbauer, Gertraud: Pillensucht im Dritten Reich. In: Die medizinische Welt, Stuttgart, 8/1984, S.3
- 40) Schatz, Holger: Die Erwerbsarbeitsblase: Marktprozesse und die Grenzen der „guten Arbeit“, o.A.
- 41) Kühn, Hagen: Gesundheitswesen im Wandel – eine sozialwissenschaftliche Sichtweise. In: Gesundheitswesen 59/1997, S.213-216
- 42) In dem vorzüglichen Übersichtswerk von Frerich zur zeitlich-geschichtlichen Entwicklung des Sozialleistungssystems in Deutschland kann einprägsam nachvollzogen werden, wie durch die Setzung sozialrechtlicher Unterschiede und deren spätere Wiedereinebnung ein regelrechtes System von „Pseudoproblemen“ und „Pseudobelohnungen“ entstanden ist, in dem dann vor allem gewerkschaftliche und sozialverbandliche „Pseudoerfolge“ erzielt werden konnten. Frerich, Johannes: Sozialpolitik: Das Sozialleistungssystem der Bundesrepublik Deutschland. R. Oldenbourg Verlag München – Wien 1987
- 43) Butterwegge, Christoph: A.a.O., S. 35 ff., S.59 ff. und S. 190 ff. und Fuhrke, Monika: Staatliche Sozialpolitik. Hrsg. Sozialistisches Büro, Offenbach April 1976, 76 ff.
- 44) Die ab und an für eine Überraschung gute Bertelsmann-Stiftung hat dies wieder mit einer Studie zum Zusammengehörigkeitsgefühl in den verschiedenen Teilen Deutschlands vermocht. Herausgekommen ist, dass die Bevölkerungen in den reichsten Bundesländern das stärkste „Wir“-Gefühl haben. Und da ist es schon schön, wenn man zu dieser „Normalität“ dazu gehört. Bielicki, Jan: Was den Wir-Westen vom Ich-Osten trennt. In: Süddeutsche Zeitung, 12.5.2014 und Müller, Tim B.: Vom Streben nach Normalität. In: Süddeutsche Zeitung, 13.5.2014
- 45) Frerich, Johannes: Das Sozialleistungssystem der Bundesrepublik Deutschland, R. Oldenbourg Verlag München – Wien 1987, S.4
- 46) Fuhrke, Monika: A.a.O., S.76 ff.
- 47) Frerich, Johannes: A.a.O., S.92 ff. und Fuhrke, Monika: S. 103 ff.
- 48) Butterwegge, Christoph: A.a.O., S.122 und Frerich, Johannes: Ebda., S.92 ff.

- 49) **Zum Ekelbeispiel München: Goeschel, Albrecht; Martens, Rudolf: Armutsberichterstattung und Regelsatzanpassung für Ballungsräume: Das Beispiel München. Hrsg. Studiengruppe für Sozialforschung e.V., Marquartstein, Dezember 2009**
- 50) **Frerich, Johannes: A.a.O., S.92 ff.**
- 51) **-**
- 52) **Butterwegge, Christoph: A.a.O., S. 201**
- 53) **Kurz, Robert: A.a.O., S.452 ff., bes. S.455**
- 54) **Aly, Götz: Hitlers Volksstaat – Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt am Main 2005. Eine vernichtende Kritik hierzu: Götz Aly – Hitlers Volksstaat. In: Gegenstandspunkt, München 2/2005, S.15-21**
- 55) **Le Monde diplomatique (Hrsg.): Atlas der Globalisierung: Das 20. Jahrhundert, Berlin 2011, S. 16 ff. und S.18 ff.**
- 56) **Ebda. S.32 ff.; 36 ff. und 40 ff.**
- 57) **Goeschel, Albrecht: Milder Imperialismus?, a.a.O., S. 20 ff.**
- 58) **Gängler, Hans: Ländliche Wohlfahrtspflege. In: Bauer, Rudolph (Hrsg.): Lexikon des Sozial- und Gesundheitswesens, R. Oldenbourg Verlag, München – Wien 1992, S. 1271 ff.**
- 59) **Goeschel et al.: Raumordnung als Arbeitsmobilisierung: Analyse und Kritik des Landesentwicklungsprogrammes Bayern. Hrsg. Accademia ed Istituto per la Ricerca Sociale Verona, Verona 1975. Wiederveröffentlichung des Textes von 1975 im Jahre 2013**
- 60) **Busch, Ulrich; Land, Rainer: A.a.O., S.111-151, bes. S.138-144**
- 61) **Schwartz, Herman: Trajectories of Chance – The Welfare State after the Financial Crisis. In: ZeS – Report. Hrsg. Zentrum für Sozialpolitik, Bremen, Juni 2011, S. 13 – 14**
- 62) **Kurz erörtert auf allgemeinerer Ebene die notwendige „innere“ Funktion und „äußere“ Funktion des Nationalstaates d.h. des Sozialstaates als Regulierung des Verhältnisses von Nationalökonomie und Weltmarkt. Kurz, Robert: Das Weltkapital: Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems. Edition Tiamat, Berlin 2005, S. 36ff., 42 ff. und 53 ff.**
- 63) **Busch et al.: A.a.O. und Goeschel, Albrecht: Sozialpolitik als Instrument der Verarmung? Die Zerstörung des europäischen Wohlfahrtsstaates in der Euro-Krise, a.a.O. und Schreiner, Patrick: Gescheiterte Krisenpolitik und die Notwendigkeit eines anderen Europa. In: annotazioni.de, 1.4. 2014, www.annotazioni.de/post/1320**

- 64) Hacker, Björn: Sollbruchstelle Krisenkurs: Auswirkungen der neuen Wirtschaftsgovernance auf das Europäische Sozialmodell. Hrsg. Friedrich Ebert Stiftung, Berlin November 2013
- 65) Goeschel, Albrecht; Merkle, Lothar: a.a.O.,
- 66) Brenke, Karl: Mindestlohn: Zahl der Anspruchsberechtigten Arbeitnehmer wird weit unter fünf Millionen liegen. In: DIW-Wochenbericht, Berlin 5/2014, S. 71 – 77; Bruckmeier, Kerstin; Wiemers, Jürgen: Die meisten Aufstocker bleiben trotz Mindestlohn bedürftig. In: IAB-Kurzbericht Nürnberg, 7/2014. Hrsg. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Mindestlohn: Weder armutsfest noch impulsgebend für die Lohnentwicklungen. In: Maskenfall, post 24.4.2014; Wo der Mindestlohn nicht reicht. In Portal Sozialpolitik, 21.3.2014 und Öchsner, Thomas: In der Rentenfrage. In: Süddeutsche Zeitung, 14.4.2014; ders.: Vergeblich geschuftet. In: Süddeutsche Zeitung 30.4./1.5.2014 und ders.: Neue Ungleichheit ab 63. In: Süddeutsche Zeitung, 3./4.5.2014
- 67) Tacheles-Sozialhilfe: Große Koalition will die effektive Höhe des Mindestlohns auf viele Jahre einfrieren. In: <http://tacheles-sozial-hilfe.de/startseite/tickerarchiv/d/n/1626>, 2.5.2014
- 68) So in Kopp-exklusiv 43/2011; 45/2011; 6/2012; 35/2012; 37/2012; 8/2013; 11/2013; 22/2013; 43/2013; 1/2014; 12/2014
- 69) Warum die Vereinigten Staaten Krieg nach Europa bringen wollen. In: Kopp-exklusiv, 10/2014
- 70) Reiterer, Albert F.: Der Euro und die EU – Zur Politischen Ökonomie des Imperiums, pad-Verlag, Bergkamen 2014, Zusammenfassung
- 71) Goeschel, Albrecht: Milder Imperialismus ?, a.a.O.
- 72) Kurz, Robert: A.a.O., S.456 und 458
- 73) Goeschel, Albrecht: Verfassungsjuristische Involution statt gesellschaftspolitischer Evolution eines Sozialeuropa. Hrsg. Accademia ed Istituto per la Ricerca Sociale Verona, Verona Januar 2013
- 74) Goeschel, Albrecht: Europaweite Bewegung für ein Sozialeuropa? Mit gemeinwirtschaftlicher Investitionspolitik aus der Krise? Hrsg.: Accademia ed Istituto per la Ricerca Sociale Verona, Verona August 2013, S.37 ff.
- 75) Goeschel, Albrecht: Mobilisierung des Sozialen: Wachstumspolitik nach der Bundestagwahl. Diskussionspapier für den Sozialverband VdK, Marquartstein, 10.10.2013

- 76) EuroMemorandum 2014 (Hrsg.): Europa spaltet sich: Die Notwendigkeit für radikale Alternativen zur gegenwärtigen EU-Politik, o. A. 2014
- 77) Goeschel, Albrecht: Europaweite Bewegung für ein Sozial europa?, a.a.O., S. 4 ff.
- 78) Euromediterranes Forum: Raus aus der Europäischen Union, Rom, 30. November – 1. Dezember 2013. Übersetzter Text: gewerkschaftsforum-H@web.de
- 79) Urban, Thomas: Mit Neuwahlen in die Unabhängigkeit. In: Süddeutsche Zeitung, 26.9.2012 und Caceres, Javier: Spaltpilze. In: Süddeutsche Zeitung, 6./7.10.2012
- 80) Autorengemeinschaft: Sozialinvestitionen in die Sozialwirtschaft statt Armuts-Populismus: Politikwechsel bei den Wohlfahrtsverbänden. Hrsg.: Accademia ed Istituto per la Ricerca Sociale Verona, Verona Oktober 2013
- 81) Fried, Nico: Nett hier – und sonst? In: Süddeutsche Zeitung, 17./18.5.2014
- 82) Seibt, Gustav: Der Obrigkeitsstaat. In: Süddeutsche Zeitung, 17./18.5.2014 und Mau, Steffen: Die neue Krankheit: Europas Bürger sehen zunehmend den Sozialstaat bedroht und so wächst der Wohlfahrts-Chauvinismus. In: Süddeutsche Zeitung, 14.2.2014
- 83) Studiengruppe für Sozialforschung: Sozialverband ADAC – äh: VdK. Presse-Hintergrund Marquartstein, Febr. 2014